

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ralf Stadler

Abg. Martin Schöffel

Abg. Hans Urban

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Ruth Müller

Abg. Christoph Skutella

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)

Der Milchkrise jetzt entschlossen begegnen: Systemrelevante Landwirtschaften erhalten (Drs. 18/7939)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir von der AfD haben letzte Woche einen Antrag zur Stützung des Milchpreises im Ausschuss für Landwirtschaft gestellt. Die Altparteien haben ihn abgelehnt, genauso wie unseren Dringlichkeitsantrag gegen das Mercosur-Abkommen. Hier zeigt sich die Doppelzüngigkeit der CSU besonders deutlich. In Bayern spielt sie gerne den Anwalt der Bauern. In Argentinien hingegen hat sich der Kollege Steiner für das Mercosur-Abkommen so weit aus dem Fenster gelehnt, dass er beinahe herausgefallen wäre, und das für ein Abkommen, das unsere Bauern in ihrer Existenz bedroht hätte. Wenigstens das EU-Parlament hatte ein Einsehen und lehnte das Abkommen, wie von uns gefordert, ab. Damals hat die CSU im Gegenzug für dieses Bauernopfer wenigstens noch die Interessen der heimischen Autoindustrie vertreten. Was machen die CSU und der Söder heute? – Sie verraten auch noch diese Schlüsselindustrie und damit alle Familien, die davon leben.

Wir von der AfD sind ohne Wenn und Aber für den Erhalt und die Stärkung unserer heimischen bäuerlichen Betriebe. Wie wichtig unsere Bauern für die Gesellschaft sind, hat sich insbesondere in der Corona-Krise gezeigt, wo trotz unverhältnismäßig starker Einschränkungen der Wirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln jederzeit aufrechterhalten werden konnte. Das haben wir vor allem unseren fleißigen

Bauern im Land zu verdanken. Was macht die Staatsregierung? – Statt sich dankbar zu erweisen, erlässt sie ständig neue Vorschriften, mit denen die Landwirte und die Bevölkerung drangsaliert werden.

Unsere heimische Milchwirtschaft braucht doch eine ehrliche Rückendeckung durch die Politik. Sie steht einem übermächtigen Monopol des Lebensmittelhandels gegenüber, das die sogenannte Corona-Krise auch noch ausnutzte, um die Einkaufspreise für Milch und andere Agrarprodukte zu drücken. Die Agrarpolitik hat zahlreiche Versuche unternommen, den Milchmarkt zu regulieren, zuletzt durch die Milchkontingentierung, die 2015 wieder abgeschafft wurde. Ziel war es, den Bauern mehr unternehmerischen Spielraum zu geben. Seither ist der Milchpreis aber markant gesunken. Der Preis für Mineralwasser, zum Beispiel Adelholzener, beträgt 95 Cent pro Liter, der Preis von konventioneller Kuhmilch derzeit 31,60 Cent pro Liter bei 4 % Fett und 3,4 % Eiweiß. Um sich dies vorstellen zu können: Der Landwirt muss drei Liter Milch verkaufen, damit er sich einen Liter Mineralwasser kaufen kann. Das kann es eigentlich nicht sein.

Seit 2014 sind die Milchpreise in der EU deutlich, um 16 %, gesunken; aber die Betriebskosten sind seither gestiegen. Molkereien und Einzelhandel haben für längere Zeiträume Lieferverträge abgeschlossen. Das schützt die Bauern vor allzu starken kurzfristigen Preisschwankungen. Längerfristig zeigen die Börsenpreise aber nach unten und geben damit den Trend vor.

Die Milch Krisen sind lediglich das Symptom einer fehlgeleiteten EU-Subventionspolitik. Da die bestehenden Marktverzerrungen politisch bedingt sind, können sie auch nur politisch gelöst werden. Dazu braucht es ein praktikables Milchmarkt-Monitoring, das imstande ist, Marktlenkungsaktionen wahrzunehmen, die durch das bisherige EU-Subventionssystem außer Kraft gesetzt wurden. Zielmarke muss dabei ein Erzeugerpreis von 40 Cent pro Kilogramm sein. Das wurde auch schon von zahlreichen Bauernverbänden gefordert. Das ist derzeit der Mindestpreis, um das langfristige Überleben der Milchbauern sicherzustellen. Auf lange Sicht kann ein solider Milchpreis

jedoch nur durch begleitende Importbeschränkungen garantiert werden, die nur durch höhere Qualitätsstandards begründet werden können. Dazu, den inländischen Milchmarkt zu regulieren und damit zur weiteren Stabilisierung der Erzeugerpreise beizutragen, könnte ein Expertengremium, bestehend aus Vertretern des Handels, der Molkeereien und der Erzeugerbetriebe beitragen. Ziel muss hierbei neben marktwirtschaftlichen Aspekten vor allem die Sicherstellung des Überlebens unserer Landwirtschaftsbetriebe durch die Herausbildung eines langfristig stabilen Preisniveaus sein.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit wäre zu Ende. – Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Martin Schöffel für die CSU-Fraktion das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorredner Stadler hat mal wieder deutlich gemacht, was er von Landwirtschaft versteht und dass er den Milchmarkt nicht verstanden hat.

Ich will zunächst einmal sagen: Wir haben zurzeit keine Milchkrise. Die Milch ist in diesem Jahr, in dem es durchaus schwere Marktverwerfungen und Verunsicherungen gegeben hat, immer abgeholt worden. Sie ist verarbeitet worden, und sie konnte auch verkauft werden. Die private Lagerhaltung, die auch auf Druck Bayerns eröffnet worden ist, ist bei Weitem nicht so stark in Anspruch genommen worden, wie wir das gedacht hatten. Sicherlich ist der Preis von 30 bis 35 Cent pro Liter, den wir derzeit in Bayern haben, kein guter Preis, aber es herrscht weder eine Markt- noch eine Preiskrise. Verschiedene Einnahmen kommen für die Milchviehbetriebe noch dazu.

Im Export hat es Verunsicherungen gegeben. Diese sind aber nicht staatlich steuerbar. Die Milchexporte nach Italien sind im Zuge der Corona-Krise, bedingt durch Reise- und Ausgangsbeschränkungen sowie durch Schließungen der Gastronomie,

plötzlich eingebrochen und haben zu einem dramatischen Minus geführt. Dieses Minus konnte aber teilweise schon wieder aufgeholt werden.

Die AfD stellt sich hier im Bayerischen Landtag hin und meint, Anträge stellen zu müssen, um den Milchpreis zu regulieren, um den Fleischpreis zu regulieren. Im letzten Antrag spricht sie von einem Mindestpreis, der festgelegt werden müsse. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Das kann der Landtag niemals regeln. Wer solche Anträge stellt, Herr Kollege Stadler, der hat nicht nur keine Ahnung vom Milchmarkt, der verschaukelt die Bauern, zumindest die, die noch glauben, dass der Bayerische Landtag oder ein politisches Gremium Mindestpreise und Milchpreise festlegen könnte.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir hatten das Instrument der hohen Interventionspreise schon einmal. Wozu hat das geführt? – Dazu, dass Milchseen und Butterberge entstanden sind. Davon wollte man weg; denn das führt dazu, dass die Marktpreise noch schlechter wurden. Das Image der Bauern wird dadurch nicht besser. Deswegen sage ich Ihnen: Ihre Ideen sind von vorgestern, und sie sind total veraltet. Die AfD ist mit solchen Ideen aus der Mottenkiste eine Gefahr für die Bauern. Typisch AfD!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wahrscheinlich stellen Sie demnächst einen Dringlichkeitsantrag, dass nächste Woche schönes Wetter sein solle. Die Realisierung ist ungefähr so aussichtsreich, wie wenn Sie Mindestpreise für Milch und Fleisch festlegen und in den Markt eingreifen wollen.

Wir haben zur Regulierung des Milchmarktes ein klares Strukturkonzept. Zunächst einmal ist die Branche selbst gefordert. Starke Molkereien, wie wir sie in Bayern und in Deutschland haben, haben daran auch heuer schon einen großen Anteil geleistet, indem sie beispielsweise Milch von den exportorientierten Molkereien hin zu Molkereien ausgetauscht haben, die stärker in den Lebensmitteleinzelhandel geliefert haben.

Wir haben als zweite Maßnahme die private Lagerhaltung eröffnet. In Europa gibt es noch das Mittel der Intervention. Der Interventionspreis liegt aber natürlich deutlich niedriger als der, den wir derzeit auf dem Milchmarkt kennen. Eine Intervention würde derzeit niemals angenommen werden.

Wir bekennen uns zu europaweit verpflichtenden Markteingriffen nur als Ultima Ratio, aber nicht in Zeiten wie diesen, sondern nur in Zeiten, in denen der Milchmarkt total zusammenbrechen würde. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Information zur derzeitigen Marktlage beziehen. Kollege Stadler, ein Milchmarkt-Monitoring ist in Europa schon längst eingerichtet. Das gibt Hinweise und funktioniert auch.

Ich denke, wir haben in Bayern eine besondere Situation, weil wir starke Molkereien haben, weil wir mit der Marke Bayern besonders werben können und weil wir Spezialitäten wie die Bergbauernmilch, die Heumilch und vieles andere mehr herstellen. Wir haben auch immer etwas höhere Preise als andere deutsche Bundesländer. Das ist ein Teil unserer Qualitätspolitik und unserer Politik für die Landwirtschaft in Bayern. Sie reden immer davon, dass man Importe möglichst vermeiden müsse. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Importe spielen im Milchmarkt keine Rolle. Im Gegenteil, die ganze Welt möchte unsere Produkte kaufen. Selbst die Bergbauernmilch aus Berchtesgaden wird in die ganze Welt geliefert. Das ist die Grundlage, auf der hier auch höhere Preise bezahlt werden können.

Das Einkommen in der Landwirtschaft setzt sich natürlich aus verschiedenen Bereichen zusammen. Ich möchte deswegen heute einmal – in dieser Woche ist im Europaparlament auch eine Einigung unter den Fraktionen erzielt worden – auf die zukünftige Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik eingehen. Natürlich spielen die Direktzahlungen für uns auch in Zukunft zur Einkommensstabilisierung unserer Landwirtschaft eine wichtige Rolle für uns in Bayern, vor allem die Umverteilung auf die ersten Hektare. Und dass die Direktzahlungen für die nächsten Jahre auch gesichert sind, das ist die Folge dieses Corona-Jahres, wo man deutlich auch in Europa festgestellt hat, wie wichtig die europäische Erzeugung und die heimische Landwirtschaft sind. Zusätzli-

ches Geld wird zur Verfügung gestellt, das auch unseren bayerischen Bauern zugutekommen wird.

Natürlich hat das Europaparlament das Mercosur-Abkommen abgelehnt. Wir tun das auch, lieber Kollege Stadler, weil wir nicht zuschauen wollen, wie in Brasilien der Regenwald abgeholzt wird, während die Anforderungen für unsere Bauern ständig weiter nach oben geschraubt werden. Wir haben immer gesagt: So etwas kann nur umgesetzt werden, wenn soziale Kriterien und ökologische Standards auch in Südamerika eingehalten werden. Das haben Sie ausgeblendet und nicht gehört. Das war aber immer die Grundlage für diese Diskussionen.

(Ralf Stadler (AfD): Nein, nein, nein!)

Jetzt will ich Ihnen noch etwas sagen: Sie stellen morgen im Agrarausschuss einen Antrag, in dem Sie fordern, dass man endlich von der flächenbezogenen Förderung in Europa, von der Verteilung der Direktzahlungen in Bezug auf die Fläche, wegkommen müsse. Sie wollen den Flächenbezug beseitigen und die Gelder auf kleine Betriebe verteilen.

Wissen Sie denn überhaupt, dass in Europa 50 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Polen und Rumänien angesiedelt sind? – 50 % der landwirtschaftlichen Betriebe sind in Polen und Rumänien angesiedelt! In Deutschland sind es nur 2 %, machen aber immerhin 10 % der Fläche aus. Wenn Sie das wirklich umsetzen wollen, was Sie schon wieder beantragt haben, dann nehmen Sie den deutschen und den bayerischen Bauern das Geld weg! Das ist die Qualität Ihrer Anträge. Das ist unterstes Niveau. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann die Bauern nur vor den Anträgen der AfD warnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein letzter, sehr wichtiger Punkt ist die Tierhaltung. Tierhaltung steht in Deutschland stark in der Diskussion. Wir haben zurzeit riesige Probleme, zum Beispiel im Bereich

der Zuchtsauenhaltung aufgrund der Marktverhältnisse, aufgrund der Beschlüsse des Bundesrates, wo wir bis zum Schluss andere Vorschläge und Fragen eingebracht haben. Darum möchte ich einmal deutlich machen, was unser Ansatz für die Tierhaltung der Zukunft ist. Da stehen wir ganz klar zu den Vorschlägen des früheren Bundesministers Jochen Borchert, der einen Vorschlag vorlegt hat, der zwei Dinge verbindet und die Grundlage für einen Gesellschaftsvertrag für die Zukunft der Tierhaltung geliefert hat: Zum einen wird den Landwirten ein Weg aufgezeigt, wie sie gesellschaftliche Erwartungen in der Tierhaltung auch in der Zukunft umsetzen können. Zum anderen wird das mit einer finanziellen Absicherung und mit entsprechend sicheren Verträgen für die Landwirtschaft unterlegt, damit die Bauern nicht nur höhere Aufwendungen haben, sondern über eine Tierwohlabgabe dann auch höhere Einnahmen. Das bietet eine Grundlage für Investitionen.

Das ist ein Modell, das wir sehr unterstützen und von dem ich glaube, dass es ein echter Ansatz für die Zukunft ist. Es entwickelt die Tierhaltung weiter, aber es berücksichtigt auch die Kosten der Bauern und schafft zusätzliche Einnahmemöglichkeiten und Sicherheit für die Betriebe. Das ist ein umfassendes Konzept für den Milchmarkt, die Tierhaltung, die Einkommenssicherung der Landwirtschaft und die europäische Agrarpolitik.

Sie aber streuen den Bauern Sand in die Augen. Ihr Antrag entbehrt jeder fachlichen und politischen Grundlage.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Stadler von der AfD-Fraktion!

Ralf Stadler (AfD): Herr Kollege Schöffel, ich habe etwas zum Thema "Sand in die Augen streuen". Wir waren ja gemeinsam in Argentinien wegen des Mercosur-Abkommens. War nicht Ihre Partei für das Mercosur-Abkommen?

(Zuruf: Ja genau!)

Martin Schöffel (CSU): Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir in Argentinien waren und uns dort sehr kritisch – glaube ich – umgesehen haben. Wir haben uns genau angeschaut, wie dort Tierhaltung funktioniert. Wir haben uns informiert, wie die Verhältnisse in Argentinien, Brasilien und Südamerika insgesamt sind. Wir sind mit einer sehr kritischen Einschätzung dessen, was dort passiert, zurückgekommen.

Das ist die Grundlage für die Entscheidung. Ich kann es nur noch einmal sagen: Wir haben immer darauf hingewiesen, dass ein Handelsabkommen nicht einseitig sein kann. Ganz wichtig ist, dass ökologische und soziale Standards in ganz Europa möglichst vergleichbar sind und bei Importen auch durchgesetzt werden. Europa braucht einen Außenschutz im Hinblick auf ökologische und soziale Standards. Dafür sind wir schon immer eingetreten, da es um die Grundlagen unserer bäuerlichen Betriebe geht, und das werden wir auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Schöffel. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Hans Urban das Wort.

Hans Urban (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Seit Mai hat sich für uns nichts an der Sachlage betreffend den Antrag verändert. Ich darf daran erinnern, dass es einen zweiten Antrag gegeben hat, der das Gleiche behandelt und sich auch für den Milchmarkt eingesetzt hat, der aber wesentlich ausführlicher war und konkret auf die Dinge eingegangen ist. Der Antrag ist auch mehrheitlich verabschiedet worden. Der Kollege Schöffel – da muss ich ihm ausnahmsweise recht geben – hat es richtig dargestellt. Er hat ja gesagt: Der Antrag ist erledigt. Wir haben derzeit keine Milchmarktkrise.

(Zuruf)

Dass die Erzeugerpreise grundsätzlich zu niedrig sind und wir durchaus befürworten, dass sie sich über 40 Cent bewegen, unterstützt jeder, glaube ich. Wir würden uns freuen, wenn er bei 60 Cent liegen würde! Wenn man Qualitätsstandards setzen will, wird man dies nicht auf europäischer Ebene erreichen, sondern wir werden es in Bayern mit Standards für Heumilch, Weidemilch und Biomilch erreichen können. Da werden wir Wertschöpfung generieren können. Da wollen wir hin. Ich glaube, wir sind alle daran interessiert, dass das auch passiert.

Dann fordern Sie im dritten Punkt genau das, was wir schon haben. Wir haben dieses europäische "Milk Board". Darin sind 16 Länder mit über 100.000 Milcherzeugern vertreten. Wir haben alles abgearbeitet, was Sie fordern. Ich darf noch einmal darauf verweisen, dass wir einen Antrag dazu mehrheitlich verabschiedet haben. Daher ändert sich für uns nichts betreffend Ihren Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Urban. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Dr. Leopold Herz das Wort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Ralf Stadler, zunächst möchte ich noch einmal kurz auf die jetzt mehrfach angesprochenen Bedingungen beim Thema Mercosur eingehen. Wir waren ja gemeinsam in Argentinien. Ich glaube, es war eine wichtige Reise, um sich die Produktionsweise auch einmal vor Ort anzusehen.

Es war damals noch nicht klar, dass es jetzt doch auch europaweit Widerstände gibt. Ich glaube, das Thema hat sich inzwischen in die Richtung entwickelt. Wir waren an diesen Grenzen in Paraguay, Brasilien und Argentinien und haben gesehen, wie es ist, wenn die Produktion ausgeweitet wird. Wir bekommen dann Nahrungsmittel – zugegeben mit einem sehr guten Ruf –, die wir aber eigentlich in Europa nicht brauchen; denn wir haben hier genügend Rindfleisch. Ich glaube, insofern ist es erfreulich, wenn

es jetzt in verschiedenen Parteien einen Wandel gibt, das Mercosur-Abkommen kritisch zu sehen.

Ich will jetzt aber zum Hauptthema des Antrages kommen: "Der Milchkrise jetzt entschlossen begegnen". Wir haben in diesem Haus den Auftrag, die Themen kritisch zu beleuchten. Aber wir sollten nicht einen Fehler machen und von diesem Hause aus den Milchpreis herunterreden. Das kann auch psychologisch verheerende Folgen haben. Tatsächlich ist zuzugeben, dass wir jetzt einen Milchpreis haben, der natürlich nicht kostendeckend und zufriedenstellend ist. Da gibt es Berechnungen, die seit Jahren nicht nur die 40 Cent im Auge haben, sondern die inzwischen auch die Kosten der Betriebe ausweisen, die in einem Bereich zwischen 47 und 52 Cent pro Liter Milch liegen – trotz Ausgleichszahlungen und bei entsprechender Lohnzahlung. Daher ist es sicher berechtigt anzufragen, wie wir das Problem lösen können.

Liebe Kollegen von der AfD, nur müssen wir uns natürlich wirklich fragen, ob wir hier von diesem Hause aus ein Produkt favorisieren sollen. Da müssen wir an das Gesamtsystem gehen, und das Gesamtsystem zeigt uns hier die Schwäche der Produzenten. In dem sogenannten Dreiklang aus Lebensmitteleinzelhandel, verarbeitender Schiene und Erzeugern sind die Erzeuger nach wie vor das schwächste Glied in der Kette. Hier sollten wir ansetzen, und das bei allen Produktgruppen, weil alles im Grunde genommen zusammenhängt.

Ich weise darauf hin, dass es immer noch nicht möglich ist, europaweit mehr als 3,5 % der Menge zu bündeln. Das ist nach wie vor ein Problem und eine große Schwäche. Andererseits ist ja bekannt, dass wir in Deutschland die niedrigsten Lebensmittelpreise Europas haben. Der Bürger bezahlt noch gute zehn Prozent seines Einkommens und Lohns für Essen und Trinken. 1950 war es die Hälfte. Das müssen wir immer wieder in Erinnerung rufen, um die Situation auch ein bisschen zu verstehen.

Wir müssen damit ansetzen, die Bündelungsmöglichkeiten zu erhöhen, und wir müssen – da hoffe ich, dass die Präsidentschaft der neuen EU-Periode nicht nur Taten an-

kündigt, sondern diese auch umsetzt – die Möglichkeit schaffen, dass die Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel nicht in diesem Maße fortgeführt wird. Wir sind hier eigentlich schon viel zu weit. Im Grunde genommen hätten schon lange Riegel vorgeschoben werden müssen. Sie kennen alle die Zahlen. Die vier, fünf größten Discounter in Deutschland besetzen fast neunzig Prozent des Marktes. Dem steht eine nahezu zu vernachlässigende Bündelungsmöglichkeit der bayerischen, deutschen und europäischen Milcherzeuger gegenüber.

Hier ist ein europaweiter Ansatz erforderlich, und jetzt muss man bitte den Worten Taten folgen lassen. Ich glaube, die Botschaft ist angekommen. Das Thema ist durchaus aktuell. Wir müssen hier zu gemeinsamen Lösungen finden. Allein aus Bayern und Deutschland heraus werden wir es nicht schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Dr. Herz. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Ruth Müller das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In dem Antrag 18/7939 fordert die AfD, Milchmengenempfehlungen auszusprechen und EU-weite Regelungen für Qualitätsstandards zu schaffen, um einen Milchpreis von 40 Cent pro Kilo Milch zu erreichen.

Wie schon im Landwirtschaftsausschuss am 27. Mai werden wir diesen Antrag ablehnen, da wir mit unserem Antrag 18/8372 selbst eine deutlich sinnvollere und wirksamere Möglichkeit beschrieben haben, wie der aktuellen Milchkrise begegnet werden kann. In den letzten fünf Jahren haben allein in Niederbayern 20 % der milchviehhaltenden Betriebe aufgegeben. Wenn wir die Zukunft unserer bäuerlichen Betriebe sichern wollen, brauchen wir eine verbindliche und nachhaltige Milchmengensteuerung, die im Falle einer Krise wirkt. Die Milchpreise sind auch durch wegbrechende Exportmärkte in Zeiten von Corona im Sinken. Deshalb brauchen wir ein Milchmengenreduzierungsprogramm auf freiwilliger Basis. Dass dies schon einmal funktioniert hat,

haben wir am 31. Mai 2017 im Ausschuss berichtet bekommen; daran möchten wir erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Für die FDP-Fraktion hat das Wort: Herr Kollege Christoph Skutella.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! An die Kollegen von der AfD: Sie tun hier immer so, als ob Sie die Anwälte der Landwirtschaft wären.

(Zurufe von der AfD)

Wenn die Landwirte auf Sie hören würden, dann würde es im Rückwärtsgang mit Vollgas gegen die Wand gehen. Das, was Sie hier teilweise beantragen, können Sie auch nicht immer ernst meinen.

Wir haben einen globalen Milchmarkt. Bis zum Wegfall der Milchquote im Jahr 2015 war das Preisniveau auf dem vom Weltmarkt abgekoppelten Milchmarkt der EU relativ stabil. Seit der Integration in den globalen Markt sind die Preise stärkeren Schwankungen ausgesetzt. Veränderungen in anderen bedeutenden Regionen für die Milcherzeugung wie Neuseeland oder die USA und eine global veränderte Nachfrage, zum Beispiel durch Importverbote wie während der Corona-Pandemie, bestimmen den EU-Milchpreis.

Laut Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung hat die Corona-Krise im Bundesmittel bisher zwei Cent pro Kilo Milch gekostet, und die Prognosen weisen darauf hin, dass der üblicherweise für die Milchpreisentwicklung positive Herbsteffekt nicht genügen wird, um diesen Rückstand auf den Jahresdurchschnitt noch aufholen zu können, auch wenn die für September und Oktober von einigen Molkereien angekündigten Garantiepreise eine stabile bis positive Tendenz zeigen und sich am Weltmarkt gerade ein etwas höheres Preisniveau durchsetzt.

Aufgabe der Politik ist es, verlässliche Rahmenbedingungen für die Landwirte zu schaffen, damit sie langfristig Planungssicherheit für ihre Betriebe haben, und nicht, den Betrieben eine Pseudosicherheit durch einen komplett abgeschotteten Markt vorzugaukeln.

Wir als FDP-Fraktion setzen auf unternehmerische Eigenverantwortung und betriebliches Risikomanagement. Uns ist bewusst, dass für unsere landwirtschaftlichen Betriebe in manchen Notsituationen, wie am Anfang der Corona-Pandemie, Unterstützung und Flexibilität notwendig sind. Einer Manifestation von Markteingriffen in ein dauerhaftes, gültiges System stehen wir allerdings skeptisch gegenüber. Instrumente wie die private Lagerhaltung verlagern die Problematik im wahrsten Sinne des Wortes, schaffen es aber kurzfristig, Druck vom Markt zu nehmen.

Unsere Landwirtinnen und Landwirte haben eine ehrliche und vernünftige Politik verdient, sie haben Rechtssicherheit verdient. Weil wir die Arbeit der Landwirte schätzen und würdigen, fordern wir, dass man keine Versprechungen macht, die man nicht einhalten kann. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.